

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Dr. Manuel Kiper, Simone Probst, Antje Hermenau, Kristin Heyne, Oswald Metzger und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1998  
– Drucksachen 13/8200 Anlage, 13/8883, 13/9021, 13/9025, 13/9026, 13/9027 –**

**hier: Einzelplan 30  
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft,  
Forschung und Technologie**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Kapitel 30 07 – Energie- und Umweltforschung und -technik – wird

1. der Titel 685 05 – Sicherheitsforschung für kerntechnische Anlagen – um 60 000 TDM gekürzt,
2. der Titel 893 07 – Gesetzliche Endlageraufwendungen – um 65 800 TDM gekürzt,
3. die Titelgruppe 31 – Erneuerbare Energien, rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik – um 250 000 TDM aufgestockt,
4. in der Titelgruppe 35 – Förderung der Ökologie, Umwelttechnologie und Klimaforschung – im Titel 683 50 – Forschungs- und Entwicklungsvorhaben –
  - der Untertitel 1 – Ökologische Forschung – um 30 000 TDM aufgestockt,
  - der Untertitel 2 – Umweltschutztechnologien – um 57 000 TDM aufgestockt,
  - der Untertitel 3 – Klima- und Atmosphärenforschung – um 12 000 TDM aufgestockt,im Titel 892 50 – Umwelttechnologie und Klimaforschung – Investitionszuschüsse
  - der Untertitel 2 – Umweltschutztechnologien – um 50 000 TDM aufgestockt,

- der Untertitel 3 – Klima- und Atmosphärenforschung – um 6 000 TDM aufgestockt,
- 5. in der Titelgruppe 43 – Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching bei München – der Titel 893 30 um die Mittel für den Bau des Fusionsexperiments Wendelstein 7X in Höhe von 40 000 TDM gekürzt.

Bonn, den 24. November 1997

**Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)**

**Dr. Manuel Kiper**

**Simone Probst**

**Antje Hermenau**

**Kristin Heyne**

**Oswald Metzger**

**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

### **Begründung**

1. Die laufenden Programme in der atomaren Sicherheitsforschung und auch in der Entsorgungsforschung sind zu stoppen. Die Entsorgungsforschung ist mit neuer, sicherheitsorientierter Ausrichtung fortzusetzen. Die freiwerdenden 60 Mio. DM sind umzuschichten zugunsten der Förderung von Energieeffizienztechnik und erneuerbaren Energien, um den Einstieg in eine nachhaltige Energiewirtschaft voranzutreiben.
2. Die Mittel sind zur Finanzierung der Endlagerprojekte Gorleben und Konrad und für die Begleichung der Einlagerungsgebühren in Morsleben vorgesehen. Alle drei Projekte genügen nicht den an ein Endlager für radioaktive Abfälle zu stellenden Sicherheitskriterien. Die Arbeiten zu Konrad und Gorleben und die Einlagerung in Morsleben sind zu stoppen, die zu ihrer Finanzierung vorgesehenen Mittel sind zu streichen.
3. Die vordringlichste umweltpolitische Aufgabe der nächsten zehn Jahre ist die Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Im Energiesektor kommt dabei den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienzverbesserung die wichtigste Rolle zu. Die Mittel der Aufstockung sind deshalb auf diese Bereiche zu konzentrieren. Für die Weiterentwicklung von Kohlekraftwerken sind keine Mittel zur Verfügung zu stellen.

Bei den erneuerbaren Energien ist besonders die Photovoltaikforschung zu fördern. Ein weiterer Schwerpunkt ist zu setzen bei Technologieentwicklung und Technologietransfer für Anwendungen in den Ländern des Südens.

Im Bereich Energieeffizienz muß neben der Verstärkung der Technologieförderung auch die Entwicklung neuer Konzepte zur Umsetzung von Einsparmaßnahmen eine wichtige Rollen spielen.

4. Der Bereich „Ökologische Forschung“ ist um 30 Mio. DM aufzustocken. Dabei ist besonders der Bereich „Konzepte für nachhaltiges Wirtschaften“ zu stärken.

In der integrierten Umwelttechnik ist ein Paradigmenwechsel weg von den „end-of-pipe“-Technologien hin zu den „clean(er) technologies“ erforderlich. Eine massive Aufstockung der entsprechenden Etatmittel ist unabdingbar. Die Forschung zur Abfallverbrennung ist einzustellen.

Um die Auswirkungen menschlichen Handelns auf das Klima möglichst vorsorgend abschätzen zu können, ist ein besseres Verständnis jedoch dringend nötig. Neben der weiteren Erforschung der Effekte, die dem Ozonloch und dem Treibhauseffekt zugrunde liegen, ist es notwendig, Mittel für lösungsorientierte Forschung zum Klimaschutz bereitzustellen. Der Ansatz für Klima- und Atmosphärenforschung ist um 18 Mio. DM anzuheben.

5. Die beträchtliche staatliche Förderung der Fusionsforschung hat bis heute nicht zur Produktion einer einzigen Kilowattstunde Strom geführt und wird dies auch (mindestens) in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten nicht tun. Angesichts des dringenden Handlungsbedarfs durch die mögliche Klimaänderung ist eine Einstellung der Fusionsforschung überfällig, weil Kernfusion nichts zur Lösung des Treibhausproblems beitragen kann.

Erster Schritt zum Ausstieg aus der Fusionsreaktorentwicklung muß der Stop des Großprojekts Wendelstein 7X sein. Die Mittel aus dem Bau des neuen Experimentalreaktors sind in den Bereich „Erneuerbare Energie und Energieeffizienz“ umzuschichten.

